



# HESSISCHER LANDTAG

30.11.2011

Dem  
Haushaltsausschuss  
überwiesen

## Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 18/4670 zu Drucksache 18/4400

Inhalt des Antrags: **Qualitätsoffensive Kinderbetreuung**

Einzelplan **08** Hessisches Sozialministerium

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 07 Besondere Transferleistungen  
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 7  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Verbesserung der Qualitätsstandards in Kindertageseinrichtungen

Veränderung  
von um auf

### Leistungsplan:

Beträge in 1.000 EUR

<b>Gesamtkosten</b>	40.000,0	+170.000,0	210.000,0
<b>Produktabgeltung</b>	40.000,0	+170.000,0	210.000,0

### Änderungen im Produktblatt (insbesondere Mengen und weitere Kennzahlen):

Unterstützung der Träger von Kindertageseinrichtungen, die die Qualitätsstandards von zwei voll qualifizierten Betreuern auf eine Gruppe von je 20 Kindern erfüllen. Diesen Trägern werden die Mehrkosten für das Personal nach angewandten Kriterien erstattet.

**Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

### Begründung des Änderungsantrags:

Bildung und Erziehung in den Kindertagesstätten sind ein Fundament für die Zukunft unserer Kinder. Daher sind mittelfristig sowohl eine Verbesserung der ErzieherInnen-Kind-Relation als auch eine Verkleinerung der Gruppengrößen unabdingbar.

Eine auskömmliche Kinderbetreuung ist erst bei einer durchschnittlichen Betreuung von 20 Kindern durch zwei qualifizierte Fachkräfte möglich. In einem ersten Schritt sind deshalb die organisatorischen und materiellen Voraussetzungen für die zusätzliche Einstellung von Erzieherinnen und Erziehern zu schaffen. Das Land trägt durch die entsprechende Verpflichtung des Auftraggebers die finanzielle Verantwortung, da u.a. eine finanzielle Belastung der Eltern oder Kommunen zu räumlicher und sozialer Selektion führt.

Wiesbaden, 30.11.2011

Für die Fraktion DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende  
**Willi van Ooyen**